

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/019(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  03.05.2011	Altes Rathaus, Beimszimmer	17:00Uhr	19:00Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.04.2011
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2010  
(vorbehaltlich der Zustimmung des OB) I0074/11
  - 5.2, 5.3 Überplanung Fort II A0172/10,  
und 5.4 A0172/10/1 und  
S0048/11
  - 5.5 Magdeburger Bürgerbefragung - 2010 I0015/11
  - 5.6 und 5.7 Zuständigkeit der Kommune für Bildungspaket - F0032/11  
F0032/11 und  
S0083/11

Anwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Meyer, Steffi

Tietge, Lothar

Ansorge, Jens

Hans, Torsten

Giefers, Thorsten

**Sachkundige Einwohner/innen**

Frohberg, Michaela

Fund, Claudia

**Geschäftsführung**

Ponitka, Heike

Uhlemann, Yvonne

Abwesend:

**Vorsitzende/r**

Müller, Oliver

**Mitglieder des Gremiums**

Schumann, Andreas

**Sachkundige Einwohner/innen**

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Herr Ansorge eröffnet stellvertretend für Herrn Müller die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt (5/ 0 / 0).

3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.04.2011

---

Die Niederschrift vom 05.04.2011 wird bestätigt (5/ 0 / 0).

4. Öffentliche Sprechstunde

---

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

## 5. Beschlussvorlagen

---

### 5.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2010 (vorbehaltlich der Zustimmung des OB) I0074/11

---

Herr Pischner bringt die Information ein.

Frau Ponitka weist auf ein neues Projekt hin – KOSIMA. Es handelt sich hierbei um ein Projekt für Alleinerziehende. Weiter bedauert sie sehr, dass es die Koordinierungsstelle für Menschen mit Behinderung auf Landesebene nicht mehr gibt. Auch die Selbsthilfegruppe hat sich verändert. Sie fragt nach, was es für Möglichkeiten gibt.

Herr Pischner antwortet, dass dies hauptsächlich an den AkteurInnen selbst liegt. Es muss Menschen geben, die diese Arbeit fortführen. Ein Netzwerk auf Landesebene wäre anstrengenswert. Dies sollte z. B. durch den Landesbehindertenbeauftragten oder den Landesbehindertenbeirat initiiert werden.

Herr Tietge äußert sich sehr empört darüber, dass sehbehinderte Menschen GEZ-Gebühren zahlen sollen.

Frau Ponitka schlägt vor, die Barrierefreiheit des neuen Frauenhauses, ebenfalls mit auf die Dringlichkeitsliste zu setzen.

Die MitgliederInnen schätzen die geleistete Arbeit von Herrn Pischner sehr und nehmen die Information zur Kenntnis (5 / 0 / 0).

### 5.2., 5.3 Überplanung Fort II A0172/10, und 5.4 A0172/10/1 und S0048/11

---

Herr Nörtz (SFM) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Nach kurzer Diskussion werden die Stellungnahme zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0) und die Anträge wie folgt abgestimmt:

A0172/10/1 – 5 / 0 / 0

A0172/10 – 5 / 0 / 0

### 5.5. Magdeburger Bürgerbefragung - 2010 I0015/11

---

Herr Dr. Gottschalk bringt die Information ein.

Er sagt, dass dieses Material eine Grundlage für zielgerichtete Zielgruppenmaßnahmen ist. Die armutsrelevante Fragestellung war sehr wichtig. Hier konnte eine wesentliche Bezugsgröße hergestellt werden. Auch die Wobau hat großes Interesse an dem Material. Eine Präsentation dazu ist geplant. Auch für politische Fragestellungen ist dies ein gutes Grundmaterial.

Herr Giefers fragt, ob diese Befragung sich jetzt mit „Zensus“ überschneidet?

Herr Dr. Gottschalk antwortet, dass die Bürgerbefragung auf den Bedarf der Verwaltung, der Kommune abgezielt hat. Die Befragung im Rahmen von „Zensus“ ist nicht detailliert genug und ersetzt diese Befragung nicht.

Frau Ponitka stellt fest, dass in den Statistiken der Bürgerbefragung die Geschlechtsspezifität fehlt. Sie fragt, warum? Besonders im Bereich der öffentlichen Sicherheit ist aus ihrer Sicht eine gesonderte Ausweisung notwendig.

Herr Dr. Gottschalk antwortet, dass es in bestimmten Bereichen der Befragung keine auswertbaren signifikanten Unterschiede zwischen Frauen und Männern gab. Er räumt ein, dass dies in der Fragestellung selbst begründet sein kann und auch im Rahmen der gewählten Auswertungsmethode nicht anders ausweisbar ist. Die Daten zur Situation von Frauen und Männern liegen aber vom Institut vor.

Es wird angeregt diskutiert. Herr Brüning weist darauf hin, dass in den Zusammenfassungen der Themenbereiche auf Frauen eingegangen wird.

Abschließend stellt Herr Ansorge fest, dass er es für eine interessante Aussage hält, dass es dort, wo es nicht ausdrücklich steht, keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt und schätzt ein, dass die Bürgerbefragung ein wichtiges Material ist.

Die Information wird zu Kenntnis genommen (5 / 0 / 0).

5.6. und 5.7. Zuständigkeit der Kommune für Bildungspaket - F0032/11

F0032/11 und S0083/11

Herr Giefers fragt, wie momentan die Umsetzung läuft und ist der Meinung, dass eine Verzahnung mit dem Magdeburg-Pass angestrebt werden sollte. Er ist auch der Meinung, dass dieses Thema ein ständiges Thema im Ausschuss sein sollte.

Frau Borris liefert ein paar Zahlen:

Anzahl der gestellten Anträge:		
§ 28 Abs. 2 Nr.1	179	Schulausflüge
§ 28 Abs. 2 Nr.2	208	mehrtägige Klassenfahrten
§ 28 Abs. 4	55	Schülerbeförderung
§ 28 Abs. 5	48	Lernförderung
§ 28 Abs. 6	764	Mittagsverpflegung
§ 28 Abs. 7	292	Teilhabe soz. und kulturellen Leben
gesamt:	<b>1546</b>	

Stand 03.05.2011

<b>276</b>	<b>33</b>	<b>195</b>	<b>152</b>	<b>788</b>	<b>32</b>	<b>Ges. Anzahl der Einzel- anträge BUT 1476</b>
<b>SKT</b> sozial- kulturelle Teilhabe	<b>SBF</b> Schülerbeförderung	<b>KF</b> Klassenfahrt	<b>EA</b> eintägige Ausflüge	<b>MV</b> Mittagsverpflegung	<b>LF</b> Lernförderung	

Weiter sagt sie, dass eine kurzfristige Chipkarte nicht möglich ist. Momentan wird an dem Konzept zur Erarbeitung einer Leistungsanbieterdatenbank gearbeitet. Es müssen Maßnahmen geschaffen werden, um die Teilhabe für die Bedürftigen oder Betroffenen zukünftig auch umzusetzen, damit dies auch gelebt werden kann.

Frau Ponitka schlägt vor, die AQB zu diesem Thema einzuladen, um noch mehr Informationen zum Thema zu bekommen. Es wäre auch wünschenswert, wenn die AntragstellerInnen weiterhin direkt von der Startseite [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de) zu den Anträgen gelangen könnten.

Herr Giefers sagt, dass die Anlagen schwierig auszufüllen sind und es hier oft Probleme gibt. Z. B. kostet das Essen in einer Kita nicht jeden Tag das Gleiche. Hier gibt es Unterschiede. Auch das Schul- und Kitapersonal sollte geschult werden.

Abschließend wird die Stellungnahme S0083/11 zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Oliver Müller  
Vorsitzender

Yvonne Uhlemann  
Schriftführerin